

DETLEV STRÄTER

Regionale Auswirkungen der Abrüstung auf den Arbeitsmarkt in Bayern

Kurzfassung

Der Abbau der Militär- und Rüstungspotentiale im Zuge des international vereinbarten Abrüstungsprozesses hat, regional unterschiedlich, direkte und indirekte Beschäftigungswirkungen zur Folge. In Bayern, das durch Bundeswehr und US-Streitkräfte bisher militärisch hoch belastet war, sind davon besonders deren Zivilbeschäftigte vor allem in den strukturschwachen Regionen, aber auch mehrere tausend Beschäftigte in den südbayerischen Rüstungsproduktionszentren betroffen. Im vorliegenden Beitrag werden der arbeitsmarktpolitische Handlungsbedarf sowie beschäftigungssichernde Maßnahmen lokaler und regionaler Arbeitsmarktkonzepte diskutiert.

1. Ausgangslage

Gegen Ende der militärischen Ost-West-Konfrontation standen sich 1990 auf deutschem Boden rd. 1,5 Mio. Soldaten gegenüber – eine auf der Welt einzigartige regionale militärische Konzentration: Soldaten und Zivilbeschäftigte der Bundeswehr und der damaligen NVA sowie der Stationierungstreitkräfte der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Kanadas (1). Rechnet man ferner die rd. 480 000 Personen in der Rüstungsindustrie und den militär- und rüstungswirtschaftlichen Zulieferbereichen hinzu, dann kommt man für 1990 auf etwa 2,28 Mio. militär- und rüstungsabhängig Beschäftigte in Deutschland. Unter Einbeziehung der rd. 42 000 Personen, die im Zivildienst und Zivilschutz militärbedingt tätig sind (2), umfaßte das Beschäftigungspotential in Deutschland im Jahre 1990 ca. 2,32 Mio. Personen.

Daß dieses Beschäftigungsvolumen auch regionalpolitisch bedeutsam ist, liegt auf der Hand. Unter den alten Bundesländern sind anteilig die meisten Soldaten der Bundeswehr in Bayern stationiert, nämlich gegenwärtig etwa 79 400 (1989/90 waren es noch 106 000). Die bundesweit höchste Belastung mit militärischen Einrichtungen hat indessen Rheinland-Pfalz zu tragen. Hinzu kommen rd. 71 800 US-amerikanische Soldaten, 49 700 Zivilbeschäftigte bei der Bundeswehr und US-Armee (3) und rd. 70 000 Personen in der Rüstungsindustrie (4), so daß in Bayern 1990 fast 300 000 Arbeitsplätze von Militär und Rüstung unmittelbar abhängig sind. Mit knapp 113 000 Bediensteten lag die Bundeswehr damit auf Rang 2 der Liste der größten Arbeitgeber in Bayern hinter den Gebietskörperschaften (rd. 228 000) und vor Siemens (rd. 100 000).

Indirekt abhängig sind weitere schätzungsweise knapp 30 000 Arbeitsplätze in Bayern aufgrund dezentraler Nachfrage der US-Streitkräfte nach Gütern und Dienstleistungen.

2. Zur Datenlage

Diese Daten stellen eine Momentaufnahme dar. Schon bei ihrer Veröffentlichung dürften sie nicht mehr den aktuellen Stand der Militär- und Rüstungspotentiale widerspiegeln. Denn die internationale Abrüstung – jahrzehntelang zentrale Forderung der Frie-

denbewegung – hat im Zuge des Zerfalls des sozialistischen Staatensystems eine ungeahnte, von niemandem vorhergesehene Dynamik entwickelt.

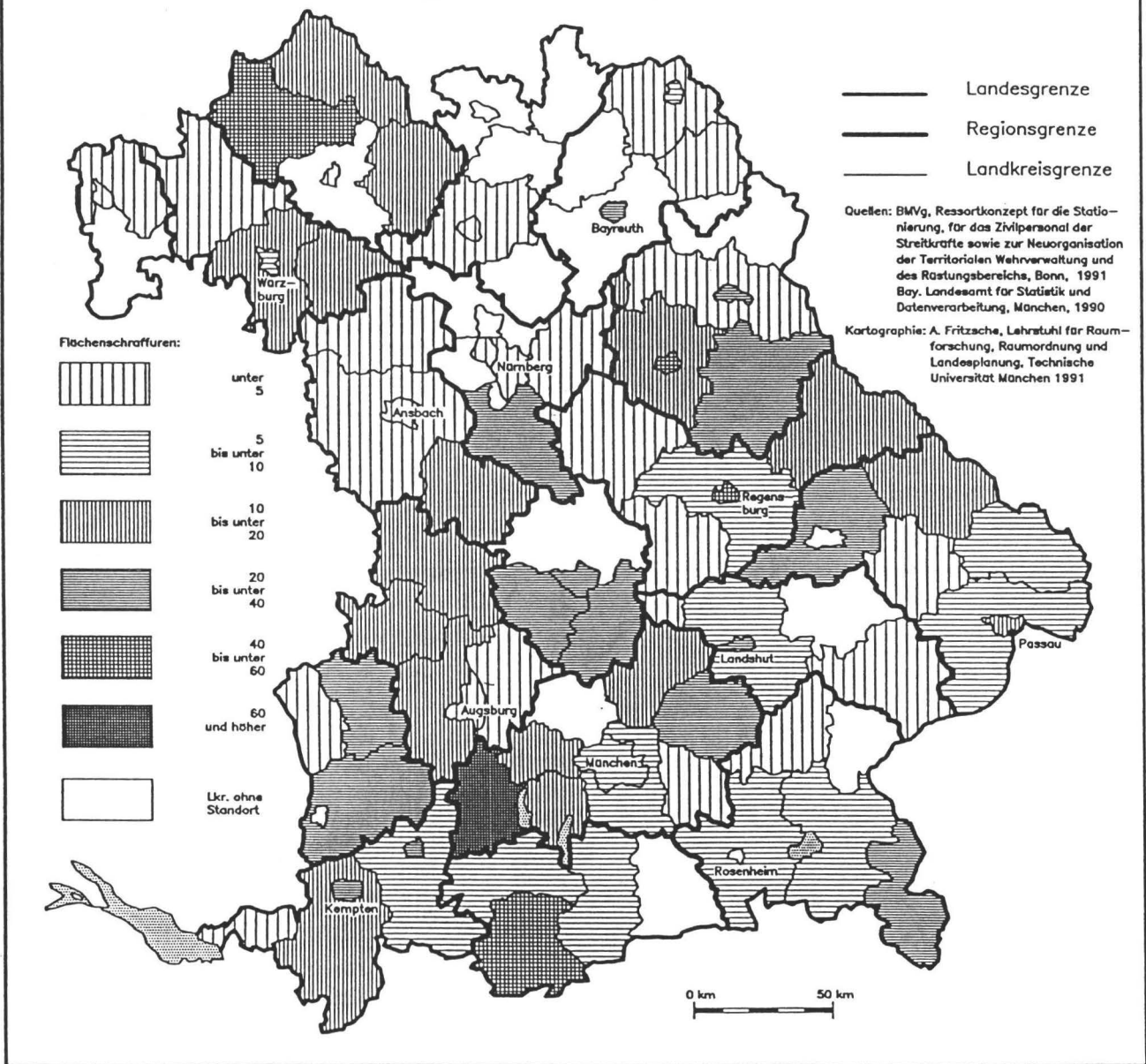
Die Ankündigung der Bundesregierung und der letzten Regierung der DDR, die Mannschaftsstärke der Bundeswehr in einem vereinigten Deutschland bis Ende 1994 auf 370 000 Mann zu senken – als Protokollerklärung zum VKSE-Vertrag über die konventionelle Abrüstung in Europa eine unabdingbare Voraussetzung für die Zustimmung insbesondere der damaligen UdSSR zur deutschen Wiedervereinigung –, hat umfangreiche militärische Umplanungen zum Truppenabbau und zur Stationierung der Streitkräfte notwendig gemacht. Im Zuge dessen hat die Bundeswehr militärische Strukturdaten in einer bislang nicht bekannten sektoralen und regionalen Differenzierung öffentlich gemacht, die angesichts einer jahrzehntelang geübten Geheimhaltungspraxis von militärischen Informationen überraschte (5). Demgegenüber war die Informationspolitik etwa der amerikanischen Militärdienststellen vergleichsweise liberal. Aller Voraussicht nach wird dieses Datenmaterial auf absehbare Zeit das einzige Informationspotential bleiben, anhand dessen die regionalwirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Bundeswehr global analysiert werden kann.

3. Abrüstung und struktureller Wandel

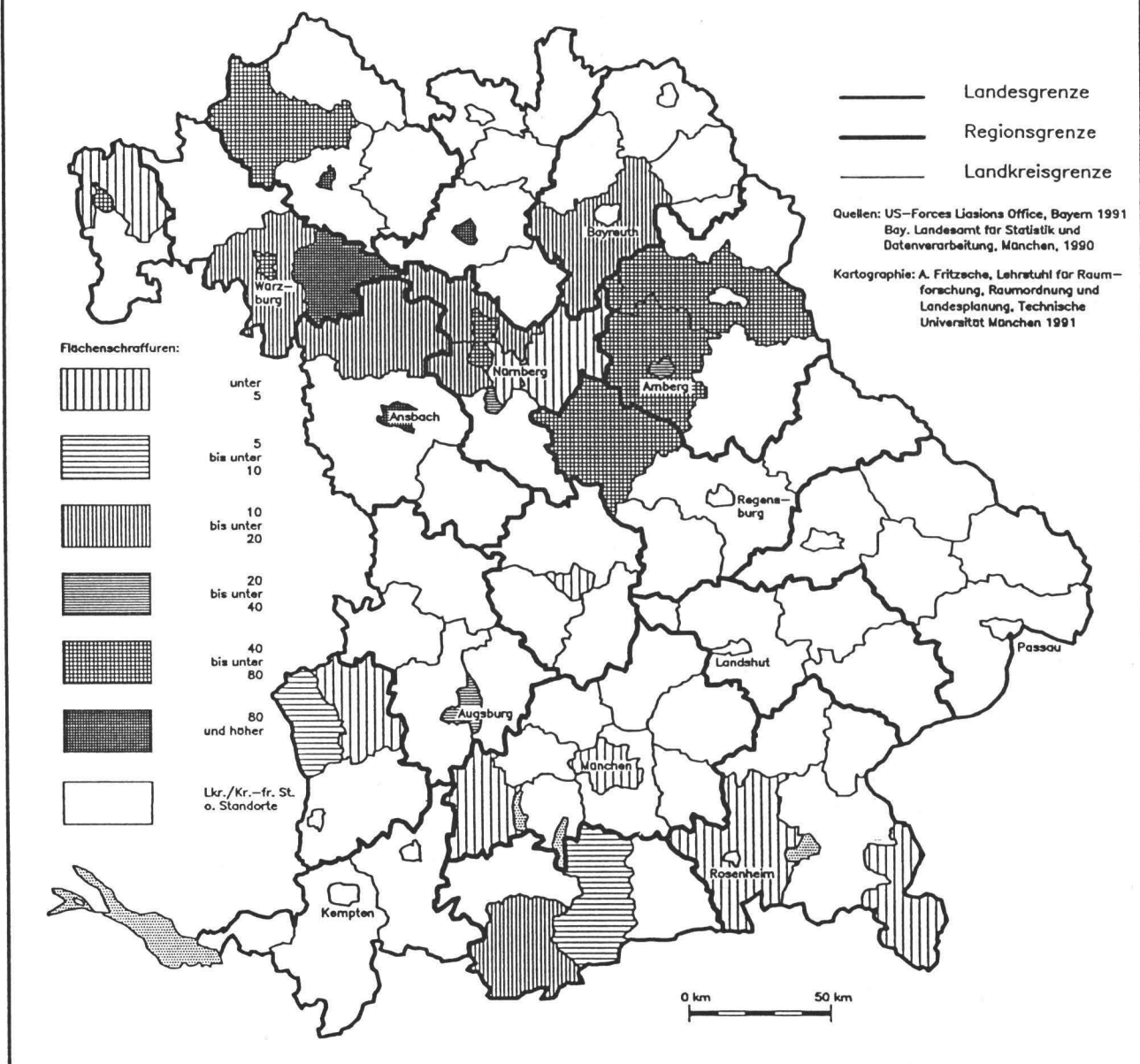
Die langfristigen und globalen Perspektiven des Abrüstungsprozesses werden unbestritten als positiv gewertet. Während man meint, daß seine militärischen und rüstungswirtschaftlichen Beschäftigungsfolgen prinzipiell zu bewältigen seien, werden allerdings kurzfristig und in regional unterschiedlicher Weise auch erhebliche Nachteile durch den Abbau der Rüstungs- und Militärkapazitäten befürchtet. Dabei hängt die Problembewertung auch vom jeweiligen Standpunkt des Betrachters ab: In den Städten und Verdichtungsräumen ist man eher geneigt, die positiven Seiten des Truppenabbaus zu sehen. Man denkt vor allem an die Entwicklungsmöglichkeiten, die sich aus der Auflassung bisher militärisch genutzter Liegenschaften für die Stadtentwicklung und die Wohnraumversorgung ergeben können, und ist eher geneigt, die Beschäftigungsproblematik zu vernachlässigen. In den ländlichen, in der Regel zumeist auch wirtschaftlich schwächeren Regionen überwiegen hingegen die Befürchtungen, daß mit dem Abzug des Militärs sich die Arbeitsmarktprobleme und kommunalen und regionalen Wirtschafts- und Finanzprobleme weiter verschärfen könnten, während positive wirtschaftliche Impulse aus der Verfügbarkeit von zusätzlichen Flächenangeboten kaum erwartet werden.

Vom Problemumfang und vom Handlungsdruck her gesehen ist die "Abrüstungskrise" mit den regionalen Strukturkrisen in der Vergangenheit (Bergbau, Montanindustrie, Werften) durchaus vergleichbar. Im Unterschied dazu ist sie nicht ökonomisch, sondern primär politisch verursacht und betrifft nicht nur eine, sondern viele Regionen gleichzeitig, aber in jeweils unterschiedlicher Weise. Insofern läßt sich die vollständige oder auch teilweise Schließung von Militärstandorten auch als eine besondere, politisch vermittelte Form des Strukturwandels ansehen, die zudem

Beschäftigte der Bundeswehr in Bayern 1991
(je 1000 Einwohner)



Beschäftigte der US-Streitkräfte in Bayern 1991 (je 1000 Einwohner)



von den Problemen der deutschen "Vereinigungskrise" überlagert wird und damit für die Öffentlichkeit in ihrer Bedeutung relativiert wird.

Bei den davon betroffenen Beschäftigten insbesondere in den Gemeinden und Regionen mit bereits vorhandenen Strukturschwächen wächst die Furcht vor Einkommenseinbußen, Beschäftigungsunsicherheiten und Arbeitslosigkeit. Angesichts einer regional durchaus bedeutenden Unterbeschäftigung in Teilen Bayerns werden Forderungen nach Konzeptionen zur Konversion der militärischen in zivile Potentiale erhoben, im Rahmen derer eine sozialverträgliche Überleitung der Arbeitnehmer beim Militär und in der Rüstungswirtschaft in zivile Beschäftigungsfelder verlangt wird.

4. Der militärabhängige Arbeitsmarkt in Bayern

Das Militär ist – neben weiteren regionalstrukturellen Aspekten – in mehrfacher Weise beschäftigungswirksam:

- das Militär ist unmittelbar Arbeitgeber für Soldaten und Zivilbeschäftigte;
- das Militär ist Nachfrager nach Waren und Dienstleistungen und damit Auftraggeber für die private Wirtschaft; es finanziert indirekt regionale Arbeitsplätze (über dezentrale Aufträge);
- es bindet durch die Vergabe von Rüstungsaufträgen Produktions- und Beschäftigungskapazitäten in Regionen;

- die Soldaten und die Zivilbeschäftigten mit ihren Familienangehörigen treten als private Konsumenten und Nachfrager nach Waren und Dienstleistungen der privaten Wirtschaft auf und stützen damit indirekt weitere Arbeitsplätze.

Der militärabhängige Arbeitsmarkt teilt sich in mehrere Beschäftigungssegmente; zum einen in das militärische Personal, das sind die Zeit- und Berufssoldaten sowie die Wehrpflichtigen, die arbeitsrechtlich auch der besonderen Verfügungsgewalt des Soldatengesetzes unterliegen, und zum anderen in die Zivilbeschäftigten, die als Beamte, Arbeiter und Angestellte den Regelungen des Öffentlichen Dienstes unterliegen. Sofern es sich um ziviles Personal der alliierten Streitkräfte handelt – in Bayern sind dies ausschließlich US-amerikanische Einheiten –, gliedert es sich

- zum einen in Zivilbeschäftigte aus den Entsendestaaten, nach deren Recht sie beschäftigt werden (6),
- zum anderen in sog. örtliche, (zum größten Teil) deutsche Arbeitnehmer (7).

Das regionale Schwergewicht der Bundeswehrstationierung liegt in Südbayern. Der größte bayerische Bundeswehrstandort ist München (über 10 000 Ende 1989; 1991 noch über 7 000 Soldaten). Die US-Streitkräfte konzentrieren sich hingegen in Nordbayern mit den Schwerpunkten Bamberg, Ansbach, Würzburg und Nürnberg. Nur etwa ein Sechstel ihrer Soldaten ist in Südbayern stationiert (vgl. Tab. 1 sowie die Karten 1 und 2).

Tabelle 1:
Soldaten und deutsche Zivilbeschäftigte der Bundeswehr und der US-Streitkräfte nach Planungsregionen in Bayern 1991

Planungsregion	Bundeswehr		US-Streitkräfte	
	Soldaten	Zivilbeschäftigte	Soldaten	Dtsch.Zivil-Beschäftigte
Bayer. Untermain	23	70	4 365	358
Würzburg	3 685	867	12 395	3 592
Main-Rhön	5 205	1 409	10 881	1 401
Oberfranken-West	22	140	5 887	849
Oberfranken-Ost	1 964	719	944	169
Oberpfalz-Nord	6 329	1 618	6 123	3 509
Mittelfranken	3 893	1 330	14 580	1 832
Westmittelfranken	1 228	499	7 739	1 171
Augsburg	4 263	1 806	4 328	1 409
Ingolstadt	5 461	2 838	0	0
Regensburg	7 095	1 730	2 813	1 332
Donau-Wald	5 412	1 138	0	0
Landshut	2 159	487	0	0
München	15 902	11 536	1 185	1 223
Donau-Ilser	3 592	1 726	717	461
Allgäu	4 524	2 134	0	0
Oberland	4 717	1 157	718	817
SO-Oberbayern	3 929	1 022	324	133
Bayern insg.	79 403	32 226	72 999	18 256

Quelle: siehe Anmerkung 5 sowie Unterlagen des US-Forces Liaisons Office bei der Bayerischen Staatsregierung; eigene Zusammenstellung

Einen bedeutenden Anteil an der regionalen Gesamtbeschäftigung erzielen die deutschen Zivilbeschäftigten bei den amerikanischen Streitkräften im grenznahen Landkreis Neustadt an der Waldnaab (mit über 7 % aller Erwerbstätigen), in der Stadt Ansbach (über 4 %) sowie in den Landkreisen Neumarkt i.d. Opf. und Amberg-Weizsach (mit über 3 %).

5. Zur Struktur der Zivilbeschäftigten

In einer Reihe von Untersuchungen über einzelne Garnisonsstandorte wurden nähere Angaben über die Struktur der Zivilbeschäftigung bei der Bundeswehr gewonnen (8). Als besondere Merkmale werden u.a. genannt:

- Abweichend von der Struktur des gesamten Öffentlichen Dienstes werden bei den Bundeswehrdienststellen weitaus mehr Arbeiter und bedeutend weniger Beamte beschäftigt, während der Anteil der Angestellten etwa gleich hoch ist.
- Die Bundeswehr stellt an die Arbeiter relativ geringe Qualifikationsanforderungen; nahezu die Hälfte von ihnen ist ungelemt. Hingegen weisen zwei Drittel der übrigen Zivilbeschäftigten eine qualifizierte Berufsausbildung nach. Dieser Anteil liegt über dem Durchschnitt. Der Anteil von Fachhochschul- und Hochschulabsolventen ist indessen eher gering.
- Fast 30 % der Zivilbeschäftigten arbeiten als Bürofach- und Bürohilfskräfte. Neben verschiedenen Dienstleistungstätigkeiten in Verwaltung, Verkehr, Lager sowie Bewachungs- und Sicherheitswesen bindet der gewerblich-technische Bereich – hier sind es vor allem die Elektroberufe, Techniker und Kfz-Mechaniker – einen großen Teil des Personals (9).
- Etwa 45 % der angestellten Zivilbeschäftigten sind weibliche Arbeitskräfte, die vorwiegend im Küchen- und Reinigungsbereich eingesetzt werden.
- Standorte mit Flugplätzen weisen anteilig die meisten zivilen Arbeitsplätze auf. Hier kommt ein Zivilbeschäftigter auf 2 Soldaten, während das Verhältnis von Zivilbeschäftigten zu Soldaten im Durchschnitt 1 : 4 (genauer: auf 100 Soldaten 38 Zivilbeschäftigte (10)) beträgt.

Eine Strukturanalyse des Landesamts Nordbayern über die in Mittelfranken wohnenden Zivilbeschäftigten bei den US-Streitkräften (11) zeigt darüber hinaus:

- Der Anteil der Männer ist (mit 68 %) größer als bei allen Beschäftigten (57 %).
- Der Anteil der Deutschen ist (mit 84 %) kleiner als bei allen Beschäftigten (92 %).
- Der Anteil der über Fünfzigjährigen ist (mit 24 %) größer als bei allen Beschäftigten (20 %).

6. Indirekte Beschäftigungswirkungen

Über die unmittelbare Beschäftigung von militärischem und zivilem Personal hinaus erzeugen die dezentralen Aufträge des Militärs – also Lieferungen und Leistungen, die die militärischen Dienststellen von Betrieben in der näheren und weiteren Umgebung der Garnison beziehen – indirekt weitere Beschäftigungswirkungen (12).

Ferner regen die privaten Konsumausgaben der Soldaten, der Zivilbeschäftigten und ihrer Familien regionale Beschäftigungswirkungen an. Über die Höhe dieser Konsumausgaben gibt es keine detaillierten Angaben. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die persönliche Nachfrage von 100 Bundeswehrangehörigen (Soldaten und Zivilbeschäftigte) im Durchschnitt aller Standorte rd. 3 Mio. DM jährlich beträgt (13). Bei 113 000 Bundeswehrbediensteten in Bayern ergäbe sich somit ein Nachfragepotential von jährlich 3,39 Mrd. DM.

Genauere Schätzungen lassen sich anhand von Unterlagen der US-Dienststellen über die indirekten Beschäftigungseffekte der US-Streitkräfte für den Arbeitsmarkt vornehmen. Aus den Ausgaben der US-Streitkräfte nach Ausgabearten an den einzelnen Standorten in Bayern und mit Hilfe von Umrechnungsquoten, die die Handwerkskammer Trier verwendet hat, lassen sich deren indirekten Arbeitsplatzeffekte für Bayern annäherungsweise ermitteln (14): Danach werden durch die dezentralen Ausgaben der US-Streitkräfte in Bayern 1989 rechnerisch rd. 30 000 weitere Arbeitsplätze gesichert.

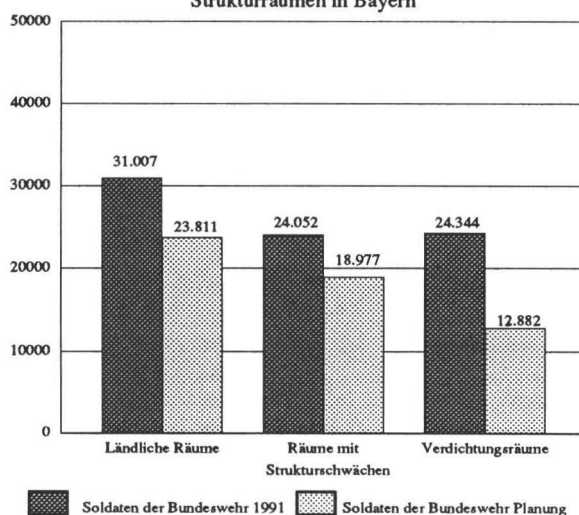
7. Abrüstungsfolgen für die militärabhängige Beschäftigung

Im Rahmen ihrer Strukturplanung beabsichtigt die Bundeswehr, die Zahl der Zeit- und Berufssoldaten bis Ende 1994 um 290 000 Mann auf 370 000 und die der Zivilbeschäftigten um 70 000 auf 150 000 Arbeitnehmer zu reduzieren. Weitere rd. 50 000 Zivilbeschäftigte werden aus dem Dienst bei den westlichen Alliierten ausscheiden.

In Bayern soll die Zahl der Bundeswehrsoldaten bis 1994 um 12 300 auf 68 186 Personen verringert werden, eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt leicht geschwächte Abnahme. Sie erfolgt stärker zu Lasten der Wehrpflichtigen (minus 8 150) und in geringerem Maße zu Lasten der länger verpflichteten Zeit- und Berufssoldaten (minus 5 150).

Von den heute 132 bayerischen Bundeswehr-Standorten sollen 31 völlig aufgegeben werden, 20 davon sind Klein- und Kleinstdienststellen mit weniger als 50 Soldaten. An 19 Standorten wird der Personalbestand zu mehr als 50 % reduziert, an 17 Standorten soll er bis zu 50 % vermindert werden. An der Hälfte der Standorte (65) in Bayern wird das Militärpersonal mehr oder minder vollständig erhalten bleiben. Durch Umschichtungen wird sogar an einigen Standorten das Militärpersonal aufgestockt werden (Region 9, 18). Regional sollen vorrangig die Verdichtungsräume München, Nürnberg und Augsburg entlastet werden, während der Abbau im ländlichen Raum und insbesondere den Räumen mit besonderen Strukturschwächen (in Raumkategorien der bayerischen Landesplanung) schwächer ausfallen soll (vgl. die Abb. 1, 2 und 3).

Abbildung 1:
Reduzierung der Bundeswehr (Soldaten) nach
Strukturräumen in Bayern



Die US-Streitkräfte werden in Bayern in den nächsten Jahren ihre Mannschaftsstärke von 73 000 um mindestens rd. 21 000 auf dann 52 600 verringern; neuere Angaben gehen von höheren Abzugsquoten aus. Von ihren 13 bayerischen Standorten (mit insgesamt 40 militärischen Einrichtungen wie Kasernen, Flugplätzen, Standortübungsplätzen und Depots) werden bzw. sind bereits Aschaffenburg, Neu-Ulm, München und Bad Tölz vollständig aufgegeben worden. In Ansbach, Bamberg, Augsburg, Nürnberg und Würzburg ist ein Teilabzug vorgesehen, der bis spätestens 1998 abgeschlossen sein soll.

Wenngleich der durch die Streitkräftereduzierung erforderliche Arbeitsplatzabbau in jedem Einzelfall soziale Unsicherheit mit sich bringt, so steht im Mittelpunkt einer abrüstungsbedingten Arbeitsmarktbetrachtung vor allem das Schicksal der deutschen Zivilbeschäftigten bei der Bundeswehr und dem US-Militär, weil

im wesentlichen sie durch Kündigung bedroht sind und daher für sie Ersatzarbeitsplätze bereitgestellt werden müßten.

Demgegenüber wird für die Beschäftigungsbelange der Soldaten ein Personalstärkegesetz vorbereitet. Sie können versetzt oder vorzeitig in Pension geschickt werden oder mit vorwiegend finanziellen Anreizen zum "freiwilligen" Ausscheiden aus dem Bundeswehrdienst bewogen werden. Die Zahl der Wehrpflichtigen ist durch die Kürzung der Wehrpflichtzeit auf 12 Monate ohnehin schon heute erheblich reduziert. Wenngleich ihre Verringerung am wenigsten problematisch erscheint, so ist arbeitsmarktpolitisch jedoch zu bedenken, daß durch die Nicht-Einberufung zur Bundeswehr die jungen Männer entsprechend vermehrt zivile Ausbildungs- und Arbeitsplätze nachfragen werden. Die Soldaten und Zivilbeschäftigten der ausländischen Streitkräfte werden in ihre Entsendeländer zurückbeordert oder an andere westeuropäische bzw. überseeische Standorte verlegt (15).

8. Der rüstungswirtschaftliche Arbeitsmarkt in Bayern

Die Beschäftigung in der Rüstungswirtschaft stellt das zweite konversionsrelevante Arbeitsmarktsegment dar. Von den insgesamt rd. 483 000 rüstungsabhängig Beschäftigten in der (alten) Bundesrepublik (16) sind etwa 191 000 in der Rüstungsindustrie

tätig (rüstungsfähig im engeren Sinne: Produktion von militärischem Gerät wie Panzer, Jagdflugzeuge, Munition usw.). Weitere 292 000 Arbeitsplätze in der übrigen Wirtschaft basieren auf der Nachfrage des Militärs nach zivilüblichen Gütern und Dienstleistungen (rüstungsfähig im weiteren Sinne: umfaßt alle Güter und Dienstleistungen an den Verteidigungsbereich) (17).

Die Rüstungsindustrie ist eine sog. Querschnittsindustrie, an der fast alle Industriebranchen mehr oder minder stark beteiligt sind. Ihren Kernbereich bilden der Straßenfahrzeugbau, der Schiffbau, die Luft- und Raumfahrt, der Maschinenbau und die Elektrotechnik. In diese fünf Branchen fließen über 80 % aller Rüstungsaufträge.

In der Bundesrepublik gibt es – im Vergleich etwa zu anderen westeuropäischen Ländern – so gut wie keine reinen Rüstungsunternehmen, eine Folge des Verbots der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg für die westdeutsche Industrie, Kriegswaffen zu produzieren. In der Regel wird in diesen Unternehmen sowohl militärisch als auch zivil gefertigt.

In den letzten Jahren mehrte sich die Zahl der Industriegüter, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können (sog. dual goods). Diese Produkte des "grauen Bereichs" machen es immer schwieriger, die Rüstungsindustrie als Branche insgesamt als auch jedes einzelne Unternehmen vom zivilen Sektor scharf abzugrenzen. Darin liegen nicht zuletzt auch die Schwierigkeiten einer konsequenten Rüstungsexportkontrolle begründet.

Von den rd. 12 000 Unternehmen einschließlich der Klein- und Mittelunternehmen in der Bundesrepublik (alt), die mit wehrtechnischen Aufträgen befaßt sind, haben 25 bis 30 %, das sind 3 000 bis 4 000 Betriebe, ihren Standort in Bayern. Hier sind mindestens 70 000 Personen, das sind rd. 5 bis 7 % der bayerischen Industriebeschäftigten, in der Rüstungsproduktion tätig.

Mehr als 25 % der Aufträge des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) flossen in den letzten Jahren regelmäßig nach Bayern. Davon landeten wiederum mehr als 80 % in der Region München, dem Sitz der wichtigsten Hauptauftragnehmer für Rüstungsprojekte ("Systemführer"). Wie die Regionen Bayerns mit öffentlichen Rüstungsmitteln 1989 bedacht wurden, läßt sich der Tabelle 2 entnehmen.

Abbildung 2:
Reduzierung der Bundeswehr (Soldaten) nach
Strukturräumen in Bayern

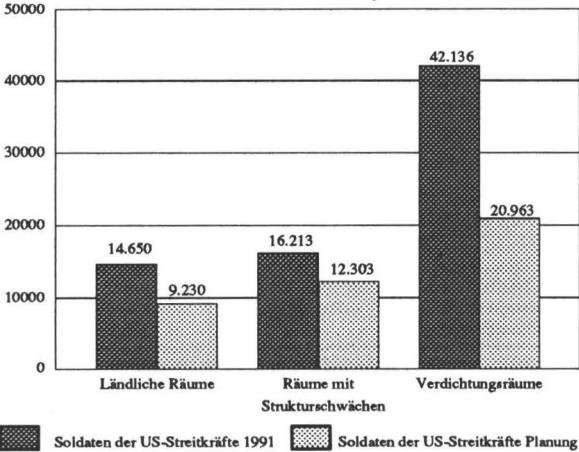


Abbildung 3:
Reduzierung der Zivilbeschäftigten nach
Strukturräumen in Bayern

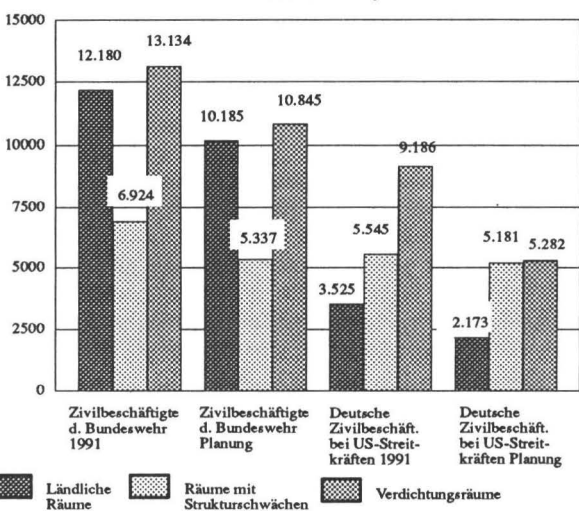


Tabelle 2:
Aufträge des BWB nach Planungsregionen in Bayern 1989

Region	1 000 DM	DM je Einwohner 1989	DM je Industriebeschäftigten 1989
Bayer. Untermain	2 118	6	42
Würzburg	6 016	13	137
Main-Rhön	21 924	53	383
Oberfranken-West	26 189	47	313
Oberfranken-Ost	15 443	32	206
Oberpfalz-Nord	8 802	18	147
Mittelfranken	222 139	189	1 162
Westmittelfranken	8 426	23	206
Augsburg	408 336	548	4 095
Ingolstadt	139 876	383	2 616
Regensburg	5 361	9	88
Donau-Wald	137 466	233	2 266
Landshut	177	0	3
München	5 287 320	2 342	21 138
Donau-Ilser	14 723	36	276
Allgäu	49 744	120	1 086
Oberland	5 828	16	218
SO-Oberbayern	50 248	74	746
Bayern	6 410 136	58	326

Quelle: Bundestags-Drucks. 11/7441 vom 20.6.1990, S. 12; eigene Berechnungen

Von den Auftragswerten für die jeweilige Region kann allerdings nicht direkt auf die dortige Zahl der Arbeitsplätze und Einkommen geschlossen werden, weil die "Systemführer" die Rüstungsmittel über Unteraufträge an Zulieferer auch in anderen Regionen weiterleiten. Über deren Ausmaß und regionale Verteilung gibt es keine zuverlässigen Angaben. Allein MBB beziffert die Zahl der Unterlieferanten in Bayern – ohne regionale Differenzierung – für 1987 auf 5 180 Firmen mit einem Auftragsvolumen von rd. 1 Mrd. DM.

Die Studie "Rüstungsindustrie und Rüstungskonversion in der Region München" geht bei vorsichtiger Schätzung davon aus, daß hier mindestens 18 640 Personen im Kernbereich der Rüstungsindustrie tätig sind, also knapp ein Fünftel aller regionalen Beschäftigten in diesen Branchen, das sind knapp 10 % der Beschäftigten im Metallbereich oder 6,5 % der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe in der Region München (18).

Unter Berücksichtigung der Zulieferindustrie dürfte der gesamte Rüstungsumsatz in der Region bei 7 bis 9 Mrd. DM pro Jahr liegen, was auf rd. 25 000 bis 30 000 Beschäftigte in Forschung, Entwicklung und Produktion der Rüstungsindustrie schließen läßt. Neben München bilden Augsburg (2 000 Beschäftigte), Donauwörth (500 Beschäftigte) und Manching (2 000 Beschäftigte) weitere Schwerpunkte der Rüstungsproduktion in Bayern.

In ihren Qualifikationsmerkmalen unterscheiden sich die Rüstungsbeschäftigten kaum von den Arbeitnehmern in den übrigen sog. High-Tech-Industrien. Sie haben einen deutlich höheren Anteil an Hochschul- oder Fachhochschulabschlüssen; fast die Hälfte der Beschäftigten sind Ingenieure und Techniker. "Unterschiede in der Qualifikation bestehen weniger zwischen militärischer und ziviler Produktion, sondern hängen – unabhängig vom Auftraggeber – von der Produktionstechnologie und vom Komple-

xitätsgrad der Produktion ab" (19).

9. Abrüstungspolitische Folgen für die Beschäftigung im Rüstungssektor

Seit den 80er Jahren geht es mit der Rüstung nicht mehr so flott: Die Schere zwischen kostenintensiven Systementwicklungen und einem kaum mehr zu steigenden Verteidigungsetat öffnete sich immer weiter; nominal sank der Posten für Rüstungsbeschaffungen im Verteidigungshaushalt zugunsten anderer Positionen. Und der Rüstungsexport bietet sich für die Hersteller als ein nur bedingt tauglicher Ausweg an, wenn es gilt, den Zwängen des schrumpfenden Binnenmarktes für Militärprodukte zu entkommen.

Die Konkurrenz um die verbleibenden Stücke des Rüstungskuchens verschärfte sich derart, daß viele Rüstungsunternehmen, die sich auf der Verliererseite wähnten, schon vor der aktuellen Abrüstungsphase ihr Heil in der zivilen Produktion suchten. Die Zahlen über den Rüstungsanteil am Umsatz belegen dies: Er ging im letzten Jahrzehnt beständig und für die Öffentlichkeit weitgehend geräuschlos zurück: So etwa bei Siemens von über 10 % auf unter 4 %; bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) von über 60 % auf 53 %; bei Krauss-Maffei von 85 % auf unter 50 %; bei MTU von gut der Hälfte auf ein Drittel.

Der abrüstungspolitisch bedingte, verminderte Rüstungsbedarf – nach Aussagen des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium wird die Bundeswehr zukünftig ein Drittel weniger für Rüstungsgüter ausgeben (20) – zeitigt bereits Folgen auf dem Arbeitsmarkt. Von den – je nach Zählweise – 250 000 bis 400 000 Arbeitsplätzen in der bundesdeutschen Rüstungsindustrie werden nach Schätzungen 15 bis 30 % auf der Strecke bleiben. Das betrage in Bayern rein rechnerisch anteilig 10 000 bis 20 000 Arbeitsplätze (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3:
Erwarteter Beschäftigungsabbau in der bayerischen Rüstungsindustrie
und im Vorleistungsbereich nach Unternehmen und Standorten

Unternehmen	Verzicht auf den Jäger 90	Rückgang von Rüstungsaufträgen	Scheitern des DASA-Struktur- konzeptes mit "Regionalflugzeug"	Auswirkungen auf den Vorleistungs- bereich	insgesamt
Messerschmitt-Bölkow- Blohm GmbH davon in:					
– Ottobrunn	1 800	?	?	1 440	3 240
– Augsburg	1 300	*	*	1 040	2 340
– Donauwörth	*	?	*	?	?
– Manching	?	?	2 000	1 600	3 600
– Schrobenhausen	*	?	*	?	?
Motoren- und Turbinen- Union GmbH davon in:					
– München	2 000	250	*	1 800	4 050
– Peißenberg	?	?	*	?	?
Dornier GmbH davon in:					
– Oberpfaffenhofen	*	*	*	*	*
– Neuaußing	?	*	300	240	540
Krauss-Maffei Gruppe	*	300	*	240	540
Siemens AG	*	*	*	*	*
Diehl GmbH	*	600	*	480	1 080
Industrieanlagen- Betriebsgesellsch. mbH	*	600	*	*	600
insgesamt	5 100	1 750	2 300	6 840	15 990

Legende: ? = Auswirkung nicht quantifizierbar

* = keine Auswirkung

Quelle: Seebauer, Rolf; Zeidler, Harald: Statusbericht Rüstungsindustrie, Beschäftigung, struktureller Wandel und politische Verantwortung, München, September 1991, S. 15

Generell gilt, daß Unternehmen mit einem geringeren Rüstungsanteil am Umsatz eher kompensatorische Maßnahmen ergreifen können als Unternehmen, deren Produktion in starkem Maße von Rüstungsaufträgen abhängt. Daher bestehen vor allem in der Luft- und Raumfahrtindustrie, die zu rd. 50 % Rüstungsgüter produziert und ihren bundesdeutschen Schwerpunkt in der Region München hat, Umstellungsschwierigkeiten. Bei einer Serienfertigung des "Jäger-90" wären auf Jahre hin rd. 10 000 Arbeitsplätze gesichert. Schätzungsweise würden sich drei Viertel dieser Arbeitsplätze in Betrieben der Deutschen Aerospace befinden. In vier südbayerischen Großbetrieben wären mit 4 500 Personen fast die Hälfte der Jäger-90-Beschäftigten in der Bundesrepublik konzentriert, soweit sie direkt mit Hauptkomponenten des Flugzeugs befaßt sind. Ein Stopp des Jäger-90 würde daher in erster Linie Südbayern treffen.

Bei MBB in Ottobrunn, Tochter der Deutschen Aerospace AG (DASA) mit derzeit rd. 9 000 Beschäftigten, grummelt es bereits. Die Geschäftsleitung spricht von 1 000, die Belegschaftsvertretung von über 2 000 Arbeitsplätzen, die gefährdet sind; nach neueren Entwicklungen könnten es auch mehr sein, insbesondere dann, wenn MBB, wie beabsichtigt, in die DASA verschmolzen und damit noch unmittelbarer den Unternehmensstrategien des Daimler-Benz-Konzerns unterworfen wird. Es zeichnet sich ab, daß im Zuge des Abrüstungsprozesses eine grundlegende Neustrukturierung der deutschen Rüstungsindustrie einschließlich einer großzügigen Standortbereinigung durchgeführt werden wird – mit bislang unabsehbaren Folgen für die regionale Beschäftigungssituation.

Bereits jetzt besteht eines der Hauptprobleme der Rüstungsunternehmen darin, hochqualifiziertes Personal, insbesondere Ingenieure, weiter zu motivieren und zu halten (21). Aufgrund der hohen Qualifikation der Mitarbeiter und ihrer nahezu "freien Konvertierbarkeit" hält sich das abrüstungspolitische Arbeitsplatzrisiko in Bayern sowohl für diese Beschäftigungsgruppen als auch für den einzelnen höherqualifizierten Mitarbeiter allerdings in Grenzen, weil, wie im Raum München, qualifizierte Fachkräfte gesucht werden (22).

10. Handlungsbedarf und Handlungsansätze

Es ist umstritten, ob es einen politischen Handlungsbedarf gibt, um die möglichen negativen Beschäftigungsfolgen des Abrüstungsprozesses zu kompensieren, und ob Konversionsprogramme und -pläne zur zielgerichteten und planvollen Umgestaltung der militärischen und rüstungswirtschaftlichen in zivile Potentiale und Nutzungen aufgelegt werden sollten.

Die Bayerische Staatsregierung vermeint bislang eine solche Notwendigkeit. Sie ist der Meinung, daß es primär Aufgabe der Unternehmen und der Bundeswehr sei, kompensatorische Maßnahmen zu ergreifen (23). Darüber hinaus stünden mit den Stützungsinstrumenten des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) hinreichend Mittel zur Verfügung, um die aus den Unternehmen und der Bundeswehr ausscheidenden Beschäftigten aufzufangen.

Auch die Arbeitsverwaltungen in Nord- und Südbayern sehen derzeit noch keine besonderen Gefährdungen. Man ist der Meinung, daß die geplanten Verringerungen der deutschen und amerikanischen Streitkräfte zur Zeit ohne einen auffallenden Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu bewältigen sei, wenngleich für ältere und gering qualifizierte Arbeitnehmer "gewisse Arbeitsmarktp Probleme" (24) gesehen werden und insbesondere in den ländlichen Gebieten durch den zu erwartenden Nachfrageausfall die indirekten Beschäftigungswirkungen größere Bedeutung erlangen könnten.

Deutlich krasser fallen die Einschätzungen der betroffenen Beschäftigtenvertretungen in den Unternehmen und beim Militär

und der zuständigen Gewerkschaften IG Metall (für die Rüstungsbeschäftigten) und ÖTV (für die Zivilbeschäftigten bei den Streitkräften) aus. Die ÖTV hat Maßnahmen von der Staats- und der Bundesregierung u.a. zur Schaffung von zivilen Ersatzarbeitsplätzen gefordert. Sie regt die Einrichtung von sog. Runden Tischen an, an denen die betroffenen Gruppierungen ihr Vorgehen koordinieren könnten. Die IG Metall hat ein eigenes "Arbeitsprogramm Rüstungskonversion" vorgelegt; darin werden Ansatzpunkte, Instrumente und Maßnahmen für die Rüstungs-, Produkt- und Standortkonversion auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene aufgezeigt (25). Auch der Bayerische Städtetag und der Städte- und Gemeindebund sowie einzelne betroffene Gemeinden haben sich neben anderen mit Vorschlägen zu einer aktiven Konversionspolitik zu Wort gemeldet.

11. Was kann getan werden?

Die Auswirkungen der Abrüstung sind regional außerordentlich unterschiedlich. Einige Regionen sind von Abrüstungsmaßnahmen nicht oder kaum betroffen. In prosperierenden Regionen wie etwa München dürften Arbeitnehmer, die durch Truppenreduzierungen oder durch nachlassende Rüstungsnachfrage freigesetzt werden, ohne größere Schwierigkeiten neue Beschäftigungsmöglichkeiten finden. Dagegen bedeuten in anderen Regionen, die durch eine starke Militärkonzentration und/oder wirtschaftlich durch einen bedeutenden Anteil an Rüstungsproduktion geprägt sind, Truppenreduzierungen kurz- und mittelfristig erhebliche Arbeitsplatzverluste, Einkommensverluste und vielfältigen Nachfragerückgang; sie können sich selbst verstärkende Schrumpfungsprozesse auslösen – eine Schraube nach unten. Hier ist staatliche Strukturpolitik durch den Bund und das Land gefordert, wenn Abrüstung nicht zu weiterer Arbeitslosigkeit und regionalen Verwerfungen führen soll.

Die politisch-administrative und finanzielle Bewältigung der Folgen der Abrüstung und der Reduzierung der deutschen und ausländischen Streitkräfte ist in erster Linie Aufgabe des Bundes, der für Verteidigung und Abrüstung allein zuständig ist (26); zu beteiligen sind aber Länder, Regionen und Gemeinden sowie sonstige lokale und regionale Akteure in demokratischer Weise.

Das Arbeitsmarktproblem ist nur einer von vielen Aspekten des Abrüstungsprozesses. Es wäre daher fahrlässig, die Beschäftigungsfolgen losgelöst zu sehen und Maßnahmen zu ihrer Bewältigung isoliert ergreifen zu wollen. Vielmehr sind sie in ein Konzept für ein Konversionsprogramm einzubinden. Der beschäftigungspolitische Teil eines solchen Konversionsprogramms hätte zunächst an dem vorhandenen Instrumentarium anzusetzen:

Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitskräftenachfrage ließen sich im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ergreifen. Ansätze zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsaufgabe um eine abrüstungspolitische Komponente sind bereits mit der Auflage eines Sonderprogramms zur Bewältigung der Abrüstungsfolgen (in Analogie zum Stahlstandortprogramm und den Sonderprogrammen für die Montan- und Werftenregionen) gemacht.

Was Qualifizierungsmaßnahmen der Beschäftigten in der Rüstungsproduktion anbetrifft, sind die Rüstungsunternehmen zunächst selbst gefordert. Sollten größere Entlassungen drohen, wären Maßnahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zu ergreifen. Dabei sollte Instrumenten wie Fortbildung und Umschulung zur Qualifizierung der Beschäftigten nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) der Vorrang eingeräumt werden gegenüber nachfrageorientierten Instrumenten wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), die in diesen Fällen eher der Verbilligung der Arbeitskosten der Unternehmen dienen als einer fundierten Qualifizierung der Beschäftigten. Denn AB-Maßnahmen kämen vor allem den am

staatlichen Auftragstropf aufgezogenen, marktentwöhnten Rüstungsunternehmen zupaf, die bereits wieder öffentliche Finanzhilfen zur Bewältigung des anstehenden Strukturwandels für sich reklamieren (27) und denen insofern Maßnahmen zur Senkung der Arbeitskosten entgegenkämen.

Ferner ist zu beachten, daß das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) auf die individuelle Förderung von Arbeitnehmern ausgerichtet ist und seine Anwendung auf Qualifizierungsmaßnahmen für ganze Gruppen sich als schwierig erweist. Ein bloßer Verweis staatlicher Stellen auf das bestehende AFG – wie häufig geschehen – wird der abrüstungsbedingten Problemlage des Arbeitsmarktes in strukturschwachen Regionen daher nicht gerecht.

Für die deutschen Zivilbeschäftigten bei der Bundeswehr und den amerikanischen Streitkräften sind bei Entlassungen zunächst die tarifpolitischen Möglichkeiten auszuschöpfen. Dabei stellt sich heraus, daß die Zivilbeschäftigten bei den alliierten Streitkräften weitergehenden tarifvertraglichen Schutzbestimmungen unterliegen als die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr. Der für sie gültige Tarifvertrag TV AL II (28) sieht bei Entlassungen aufgrund organisatorischer Maßnahmen (29) verschiedene Kündigungs- und Einkommensregelungen vor. Zusätzlich wurde zwischen dem Bundesminister der Finanzen und der ÖTV der Tarifvertrag Soziale Sicherung (TASS) (30) vereinbart, der bislang noch nicht zur Anwendung kam, aber dann herangezogen werden kann, wenn Entlassungen aus militärischen Gründen (31) erfolgen sollen. Für die zivilen Arbeitnehmer bei der Bundeswehr gelten diese tarifvertraglichen Schutzbestimmungen nicht, sollten aber – so wird gefordert – in vergleichbaren Fällen entsprechend zur Anwendung kommen.

Einen interessanten Ansatz für die Umorientierung von rüstungswirtschaftlichen auf zivile Bereiche stellt das Konversionsprojekt PUR (Produkte für den Umwelt- und Ressourcenschutz) dar, das zwischen der Stadt Augsburg und dem Unternehmen MBB vereinbart wurde. Es verknüpft unternehmerische Bemühungen zur Produktdiversifikation und zur Beschäftigungssicherung mit lokalen und regionalen Zielen, indem die Produktentwicklung am betrieblichen Standort auf lokale und regionale öffentliche Bedarfssfelder (ÖPNV, Energieeinsparung an öffentlichen Gebäuden, Abwassersanierung u.a.) ausgerichtet wird. Wenngleich der Verlauf dieses Kooperations- und Konversionsprojektes von erheblichen Schwierigkeiten begleitet ist, kann es als Modell für andere gelten (32).

Ein anderes, den traditionellen Rahmen sprengendes arbeitsmarktpolitisches Instrument besteht in der Möglichkeit, betriebliche Beschäftigungspläne zur Sicherung der Beschäftigung in Betrieben aufzustellen oder Beschäftigungsgesellschaften im Sinne von lokalen und regionalen Qualifizierungs- und Entwicklungsgesellschaften als Auffangeinrichtungen für Beschäftigte aus Rüstungsunternehmen und militärischen Dienststellen zu gründen, um ihnen zeitlich befristet Umschulungsmöglichkeiten zu bieten, verbunden mit der gezielten Entwicklung neuer Produkte und Verfahren in aussichtsreichen Beschäftigungsfeldern (33). Zur Finanzierung der Beschäftigungsgesellschaften werden unternehmerische Sozialplanmittel mit AB-Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit kombiniert. Zahlreiche Erfahrungen mit dem Instrument "Beschäftigungsgesellschaft" wurden und werden insbesondere in den neuen Bundesländern gemacht.

Alle nationalen Fördermaßnahmen im Rahmen von Abrüstung und Konversion sind gegenüber der EG regional- und wettbewerbspolitisch abzusichern, gegebenenfalls sollte die EG eine eigene Konversionsförderung programmatisch erarbeiten und durchführen (34).

Die Durchsetzung eines beschäftigungsorientierten regionalen Konversionsprogramms ist jedoch nicht nur eine Frage des

politischen Willens, sondern auch seiner Finanzierbarkeit. Ob die "Friedensdividende", also die bei Streichung der Militär- und Rüstungsausgaben freiwerdenden Finanzmittel, dazu zur Verfügung steht, erscheint angesichts der aktuellen Entwicklungen zumindest unsicher. Zum einen wird häufig übersehen, daß etwa ein Viertel der abrüstungsdisponiblen Beschäftigung in Deutschland aus dem Ausland finanziert wird (Rüstungsexport, Zivilbeschäftigte bei den Stationierungstreitkräften, Versorgungsnachfrage der Stationierungstreitkräfte). Diese Mittel würden bei einer konsequenten Abrüstung ersatzlos entfallen und stünden zur Finanzierung einer alternativen Beschäftigung nicht mehr zur Verfügung (35). Ferner sind die Schädigungen der Umwelt aufgrund intensiver militärischer Inanspruchnahme, insbesondere in den neuen Bundesländern, aber nicht nur dort, weit größer, als bisher angenommen wurde, so daß die Altlastensanierung, sollte sie ernsthaft in Angriff genommen werden, einen Großteil der "Friedensdividende" verschlänge. Schließlich korrespondiert die Truppenreduzierung durchaus mit militärischen Strategievorstellungen zum Umbau der Bundeswehr zu einer verkleinerten, aber schlagkräftigen und international einsetzbaren High-Tech-Armee mit – selbstverständlich – großem Bedarf an neuester Rüstungstechnologie, die erhebliche Finanzmittel erfordert.

Der Prozeß der militärischen Konversion in Deutschland und in Bayern dürfte daher in den nächsten Jahren durchaus spannend werden. Welche Regionen daraus als Gewinner und welche als Verlierer hervorgehen werden, ist aus heutiger Sicht noch nicht zu beantworten. Alle Konversionsmaßnahmen sollten dem Ziel gerecht werden, die militärischen Potentiale und Nutzungen sozial- und umweltverträglich in zivile Potentiale und Nutzungen zu überführen. Den Abrüstungsprozeß konversionspolitisch zu begleiten bedeutet nicht, rüstungswirtschaftliche und militärische Kapazitäten zu konservieren, sondern vor allem das in den dort Beschäftigten und ihren Fähigkeiten inkorporierte "Humankapital" zu erhalten und zu fördern, um für gesellschaftlich sinnvollere Tätigkeiten zu Verfügung zu stehen. Eine lokale und regionale Konversionspolitik hat diesen Umgestaltungsprozeß vorzubereiten und aktiv zu gestalten.

Anmerkungen

- (1) *Huck, Burkhardt J.*: Verteidigungsausgaben, Rüstungsplanung und Konversion in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Literaturbericht. Hrsg. Stiftung Wissenschaft und Politik. – Ebenhausen, Mai 1991, S. 59
- (2) *Wellmann, Christian*: Beschäftigungswirkungen militärischer Sicherheitspolitik. In: *Köllner, Lutz; Huck, Burkhardt J.*: Abrüstung und Konversion. Politische Voraussetzungen und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik. – Frankfurt a.M. 1990, S. 329
- (3) Interpellation der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag. LT-Drucksache 11/15859 vom 27.3.1990
- (4) Bericht des Arbeitskreises "Wirtschaftliche Auswirkungen der Rüstungseinschränkungen einschließlich des Truppenabbaus" an die Wirtschaftsministerkonferenz der Länder am 18./19. September 1990, S. 50
- (5) Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Ressortkonzept für die Stationierung der Streitkräfte. – Bonn, 23. Mai 1991; dass.: Stationierung der Bundeswehr in Deutschland. – Bonn, 5. August 1991; dass.: Neuorganisation der Territorialen Wehrverwaltung und des Rüstungsbezirks. – Bonn, 3. Dezember 1991; dass.: Ressortkonzept für das Zivilpersonal in den Streitkräften. – Bonn, 19. Juni 1991. Über die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen zur Truppenstationierung und zur Rüstungswirtschaft an die Bundesregierung und Länderregierungen sind weitere Informationen publik geworden.

(6)
Im Sinne des Art. I Abs. 1b des NATO-Truppenstatuts handelt es sich um Mitglieder des zivilen Gefolges.

(7)
Sie werden gemäß Art. IX Abs. 4 NATO-Truppenstatut nach dem Recht des Aufnahmestaates beschäftigt und sind als Ortsansässige nicht Mitglieder des zivilen Gefolges.

(8)
Weiskopf, Johann L.; Maneval, Helmut; Neubauer, Günter: Die Rolle der Garnisonen der Bundeswehr für die räumliche Entwicklung, unter bes. Berücksichtigung des Freistaates Bayern. In: *Maneval, Helmut; Neubauer, Günter:* Untersuchungen über raumwirtschaftliche Wirkungen von Verteidigungsausgaben. – Neubiberg/München 1990, S. 164–235

(9)
Truppenreduzierungen – Auswirkungen auf den südbayerischen Arbeitsmarkt. In: Informationen, Daten, Fakten aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Hrsg.: Landesarbeitsamt Südbayern, Januar 1991, S. 3/4

(10)
Rüstungs- und Standortkonversion. Maßnahmen zum Ausgleich der wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung in strukturschwachen Regionen. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion, BT-Drucks. 11/7441, S. 16

(11)
Landesarbeitsamt Nordbayern: Vermerk betr. Verringerung der US-Streitkräfte in Mittelfranken vom 6.6.1991

(12)
Dabei handelt es sich etwa um Bauleistungen, Anmietungen, Energielieferungen, die Abwasser- und Abfallbeseitigung oder die Bezüge von regionalen Nahrungsmittelherstellern. Nicht dazu gehören die Rüstungslieferungen; sie fallen unter das zentrale Beschaffungswesen.

(13)
BT-Drucks. 11/7441, S. 16

(14)
Von den dezentralen Ausgaben der US-Streitkräfte in Bayern indirekt abhängige Arbeitsplätze in Bayern 1989

Ausgabeart der Streitkräfte und ihrer Angehörigen	Ausgabevolumen (Mio. DM)	Abhängigkeitsrelation (Arb. pl./1 Mio. DM)	abhängige Arbeitsplätze
(1) Investive und konsumtive Ausgaben der Streitkräfte	2 196,4	8,5	18 669
(2) Lohn- und Gehaltszahlungen für deutsche Zivilbeschäftigte	822,1	5,7	4 686
(3) Persönliche Ausgaben der Soldaten und ihrer Familienangehörigen	838,3	6,7	5 617
(4) Ausgaben für Mietwohnungsbau	55,4	9,8	543
Insgesamt	3 912,2		29 515

Quelle: Die ökonomische Bedeutung der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg.: Headquarter USAREUR, Abt. Government Relations, Heidelberg, 28.3.1990; Handelskammer Trier (Hrsg.): "Truppenabbau", Auswirkungen auf das Handwerk. – Trier 1990; eigene Berechnungen

(15)
Es ist nicht auszuschließen, daß einige der ausländischen Soldaten wie auch der Zivilbeschäftigten privat in der Bundesrepublik bleiben werden.

(16)
In der ehemaligen DDR waren rd. 10 000 Beschäftigte in 74 Rüstungsbetrieben tätig; diese sind seit Sommer 1990 stillgelegt.

(17)
Wellmann, Christian: Abrüstung und Beschäftigung – ein Widerspruch? – Frankfurt a.M. 1989; Abschlußbericht der Arbeitsgruppe Rüstungskonversion der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, November 1990; Bericht des Arbeitskreises "Wirtschaftliche Auswirkungen der Rüstungseinschränkungen einschließlich des Truppenabbaus" an die Wirtschaftsministerkonferenz am 18./19. September 1990

(18)
Huck, Burkhardt J. u.a.: Rüstungsindustrie und Rüstungskonversion in der Region München. – Frankfurt a.M. 1989

(19)
Schomacker, Klaus; Wilke, Peter; Wulf, Herbert: Alternative Produktion statt Rüstung. – Köln 1987, S. 55

(20)
Süddeutsche Zeitung vom 27.11.90

(21)
Bericht des Arbeitskreises "Wirtschaftliche Auswirkungen der Rüstungseinschränkungen einschließlich des Truppenabbaus" an die Wirtschaftsministerkonferenz am 18./19. September 1990, S. 51

(22)
Ammermann, Ursula; Sträter, Detlev (Hrsg.): Abrüstung und Konversion. Perspektiven für die Region München. – München, Mai 1991; *Henning-Bekka, Eva-Maria:* Auswirkungen der Truppenreduzierung und Rüstungskonversion in Bayern. In: *Blien, U. u.a.:* Folgen von Truppenreduzierungen und Rüstungskonversion für den Arbeitsmarkt. – Nürnberg 1992. = IAB-Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 159, S. 113 ff.)

(23)
Vgl. Informationsblatt Neue Chancen mit zivilen Produkten. Staatliche Hilfen für den abrüstungsbedingten Strukturwandel in der bayerischen Industrie. Hrsg.: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr. – München o.J., (1991)

(24)
Landesarbeitsamt Nordbayern, Vermerk betr. Verringerung der Streitkräfte in Mittelfranken vom 6.6.1991; Landesarbeitsamt Südbayern (Hrsg.): Truppenreduzierungen. Auswirkungen auf den südbayerischen Arbeitsmarkt, München o.J. (1991). = Informationen, Daten, Fakten aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

(25)
Arbeitsprogramm Rüstungskonversion der IG Metall. – Frankfurt a.M. 1990

(26)
Man denke an den Verlauf des Konfliktes um die "atomwaffenfreien Zonen", zu denen sich zahlreiche Gemeinden während der Nachrüstungsdebatte erklären wollten.

(27)
Vgl. Memorandum zur Situation der deutschen wehrtechnischen Industrie. Hrsg.: Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. – Köln, 14. März 1991, These 5

(28)
TV AL II vom 16.12.1966; neueste Fassung vom 1.1.1990

(29)
Dazu gehören die Auflösung oder Verlegung der Beschäftigungsstelle, die Zusammenlegung der Beschäftigungsdienststelle mit einer oder mehreren Beschäftigungsdienststellen desselben Entsendestaates, Reorganisation innerhalb der Beschäftigungsdienststelle.

(30)
TASS vom 15.4.1971

- (31)
und zwar infolge einer Verringerung der Truppenstärke oder infolge der Auflösung von Dienststellen oder Einheiten oder deren Verlegung außerhalb der Bundesrepublik.
Angesichts der doppelt motivierten US-Truppenreduzierungen (aufgrund von US-Haushaltseinsparungen sowie dem VKSE-Vertrag) dürfte es aus arbeitsrechtlicher Sicht interessant werden, ob die bevorstehenden Entlassungen organisatorisch oder militärisch begründet werden. Im ersteren Fall ist dem betroffenen Arbeitnehmer ein zumutbarer Arbeitsplatz in derselben oder einer niedrigeren Lohn- oder Gehaltsgruppe bei einer Beschäftigungsdienststelle desselben Entsendestaates in zumutbarer Entfernung von seinem Wohnort anzubieten; ggf. wird eine Einkommensschutz-Zulage oder eine Übergangszahlung gewährt. Im Falle der militärisch bedingten Kündigung bestehen für den Betroffenen das Recht zur Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen nach dem AFG, da die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß das vordringlichste TASS-Ziel ist. Zudem sichern Bund und Länder darin bevorzugt die Einstellung in den Öffentlichen Dienst, andernfalls eine finanzielle Überbrückungsbeihilfe zu.
- (32)
Richter, Ursula; Zitzelsberger, Manfred: Vom Tornado in die Umwelttechnik. PUR Augsburg – Produkte für den Umwelt- und Ressourcenschutz. In: *Die Mitbestimmung* (1989) H. 12; *Biehler, Hermann; Richter, Gerhard; Sträter, Detlev:* Regionale Konversionsforschung. Bestandsaufnahme und Handlungsorientierung. In: *Köllner, Lutz; Huck, Burkhardt J.:* Abrüstung und Konversion. – Frankfurt 1990, S. 482
- (33)
Biehler, Hermann; Schmid, Hans: Fallstudien regionaler Konversion. Erörterung von Möglichkeiten zukunftsorientierter und arbeitsplatzsichernder Umstrukturierungen militärischer Standorte. – München, August 1991, S. 69 ff.
- (34)
So hat die EG-Kommission bereits Anfang 1991 ein Aktionsprogramm PERIFRA aufgelegt, zu dessen vier Förderzielen auch die Konversion ehemaliger Militärstandorte gehört.
- (35)
Wellmann, Christian, a.a.O.

*Dr. Detlev Sträter
Lehrstuhl für Raumforschung,
Raumordnung und Landesplanung
Technische Universität München
Gabelsbergerstraße 30/III
8000 München 2*